

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 493 48 11
Telefax: 0351 493 48 09
E-Mail: gruene-presse@slt.sachsen.de



POSITIONSPAPIER

Agrarförderung – einfach, unbürokratisch, verlässlich

Positionspapier der
BÜNDNISGRÜNEN-Fraktion
im Sächsischen Landtag

Agrarförderung – einfach, unbürokratisch, verlässlich

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP), ausgestaltet durch den nationalen GAP-Strategieplan und die dazugehörigen Förderrichtlinien, führt zu einem überhöhten bürokratischen Aufwand, der für viele Unternehmen immer weniger beherrschbar ist und auch die Agrarverwaltung vor große Bearbeitungsprobleme stellt. Die Wut über diese Entwicklung hat auch zu den Bauernprotesten in Sachsen beigetragen.

Als BÜNDNISGRÜNE wollen wir dazu beitragen, dass die Landwirtinnen und Landwirte weniger Zeit am Schreibtisch verbringen müssen. Vor diesem Hintergrund schlagen wir die folgenden Maßnahmen für die Reformierung der europäischen Agrarförderung in der nächsten Förderperiode vor, die auf eine Vereinfachung der GAP und eine Versachlichung der Debatte hinwirken sollen.

1. Bürokratisches Zwei-Säulen-System beenden

Landwirtinnen und Landwirte müssen mit fairen Preisen für Lebensmittel und den erbrachten Leistungen für die Umwelt tragfähige Einkünfte erzielen können. Das bisher praktizierte Zwei-Säulen-System aus Einkommensunterstützung und ökologischen Prämien ist kaum noch beherrschbar und muss beendet werden. Die Agrarförderung muss in Europa in einem einfachen und verständlichen System nach der Maßgabe „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ bereitgestellt werden.

2. Agrarförderung in Richtung einer Gemeinwohlprämie entwickeln

Notwendig ist die Einführung eines einfachen Punktesystems, mit dem die Prämien pro Betrieb einfach und transparent beantragt und ausgezahlt werden können. Die in der Diskussion befindlichen Modelle müssen auf europäischer Ebene jetzt konsequent in Richtung einer Gemeinwohlprämie weiterentwickelt werden, damit die GAP in der neuen Förderperiode ab 2028 ihre Ziele erreicht und für alle Beteiligten beherrschbar wird.

3. Einheitliche informations- technische Umsetzung

Alle Abläufe rund um die Förderung müssen noch stärker digitalisiert werden und diese Verfahren müssen verlässlich funktionieren. Zudem sollte die Umsetzung zukünftig deutschlandweit einheitlich am besten zentral gesteuert durch den Bund erfolgen. Sachsen soll einem solchen länderübergreifenden Verbund für eine einheitliche informationstechnische Umsetzung beitreten. Dazu erforderliche Mittel müssen in die kommenden Haushalte eingeplant werden.

4. Nicht den Demokratiefeinden das Feld bereiten

Der Protest für faire Bedingungen in der Landwirtschaft ist legitim und notwendig. Die Entscheider:innen in Verbänden und Politik müssen auf Landes- und Bundesebene aber miteinander reden, statt übereinander. Das gesellschaftliche Klima darf nicht aus wahltaktischen Erwägungen aufgeheizt werden. Nicht gegeneinander, sondern nur gemeinsam kann es gelingen, dass die Landwirtschaft Wertschätzung und eine wirtschaftliche Perspektive erhält. Dabei müssen alle konstruktiv, friedlich und auf Augenhöhe agieren.

Erläuterungen

Zu. 1.: Die Agrarförderung in Europa wurde ursprünglich als Einkommensstützung für die Landwirtschaft eingeführt (1. Säule), um die Sicherung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Mit der Zeit kamen weitere Ziele dazu (2. Säule), wie Nahrungsmittelqualität, Umweltverträglichkeit, Verbesserung der Lebensverhältnisse, Bekämpfung des Klimawandels, Energiewende, Sicherung der Artenvielfalt und Stärkung des ländlichen Raums. Die GAP ist inzwischen zu einem Bürokratiemonster angewachsen, was den Landwirten das Wirtschaften erschwert und die Agrarverwaltung überlastet. Das dringende Ziel einer Vereinfachung wurde bei der letzten GAP-Reform nicht nur verfehlt, sondern das System wurde weiter verkompliziert. Während die Ausgestaltung der Regelungen für den Erhalt der Direktzahlungen in der letzten Förderperiode auf weitgehend für alle Mitgliedstaaten gleichen Basisregeln verhandelt wurde, kann jetzt jeder Mitgliedstaat unterschiedliche Maßnahmen anbieten. Das

verhindert Wettbewerbsgleichheit für die Produzenten und hat nur noch wenig mit den ursprünglichen Zielen der GAP zu tun. Die Maßnahmen der ersten und zweiten Säule konterkarieren sich teilweise gegenseitig. Wegen des Verbotes von Doppelförderungen gibt es viele Ausnahmen und die Beantragung ist aufwändig und kompliziert.

- Zu 2.: Wir BÜNDNISGRÜNEN in Land, Bund und Europa kämpfen bereits einige Jahre für die Einführung einer gemeinwohlleistungsbezogenen Prämien-gestaltung. Insbesondere der BÜNDNISGRÜNE Landwirtschaftsminister Wolfram Günther hat für ein solches Modell die Unterstützung der deutschen Agrarministerkonferenz erkämpft. Solche Modelle werden auch von berufsständischen Interessenvertretungen favorisiert. Das gemeinsame Ziel ist, mit einfachen und wirksamen Mitteln, Landwirtschaft in Einklang mit Umwelt- und Naturschutz zu bringen. Es soll eine Bezahlung der Leistungen für Nachhaltigkeit und Gemeinwohl für die Landwirtinnen und Landwirte ermöglicht werden. Die GAP soll sich am Nutzen für Umwelt, Klima und Gesellschaft ausrichten und mit Hilfe eines übersichtlichen Maßnahmenkataloges unbürokratischer werden. Mit der Schaffung einer einkommenswirksamen Anreizkomponente für Gemeinwohlleistungen für alle Regionen und Betriebsarten und der Einführung eines überschaubaren Punktesystems für die Prämienberechnung pro Betrieb (Gemeinwohl-prämie) soll eine konsequente Vereinfachung des Agrarfördersystems in Europa erreicht werden.
- Zu 3.: In den letzten Legislaturen wurde durch sächsische Regierungen ohne Beteiligung der BÜNDNISGRÜNEN entschieden, dass Sachsen einem deutschlandweiten Verbundsystem für die Berechnung und Auszahlung von Agrarsubventionen nicht beitrifft. Wegen dieses sächsischen Sonderwegs muss die Bearbeitung in Sachsen allein geschultert werden. Dies führte u.a. zu der Verzögerung der Auszahlung der Direktzahlungen im Winter 23/24. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die durch den sächsischen Sonderweg verursachte Notwendigkeit, bei jeder Änderung alles selbst programmieren zu müssen, auch künftig zu Verzögerungen führt.
- Zu 4.: Die Landwirtschaft ist in einer strukturellen Krise. Ein "Weiter so" kann in Zeiten abnehmender Artenvielfalt, immer schwieriger werdenden Anbaus

auf Grund von klimatischen Veränderungen oder der Zunahme von Extremwetter nicht funktionieren. Wir BÜNDNISGRÜNEN wollen diese strukturellen Krisen ganzheitlich anpacken. Wir wollen die Einkommensperspektive für Landwirtschaftsbetriebe verbessern, beispielsweise durch mehr Direktvermarktung, mehr regionale Absatzmöglichkeiten oder durch die konsequente Vereinfachung der Agrarförderung. Wir wollen auch dem Ausverkauf der Landwirtschaftsflächen einen gesetzlichen Riegel vorschieben. Dennoch sieht ein Großteil der Landwirtinnen und Landwirte ausgerechnet in uns ihren größten Gegner. Das wütende Anprangern überzogener Forderungen, mit denen angeblich die BÜNDNISGRÜNEN die Landwirte traktieren, ist inzwischen durchschaubares Kalkül von CDU-Wahlkampfstrategen, um davon ablenken, dass CDU-Landwirtschaftsminister seit Jahrzehnten notwendige Anpassungen in der Landwirtschaft verhindert oder ausgesessen haben. Dieses verantwortungslose Anheizen der Stimmung hilft am Ende nur den Demokratiefeinden der AfD und muss beendet werden.